

Mayer, Otto G.

**Article — Digitized Version**  
**Parteitagsökonomie**

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Mayer, Otto G. (1982) : Parteitagsökonomie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 4, pp. 156-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135664>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

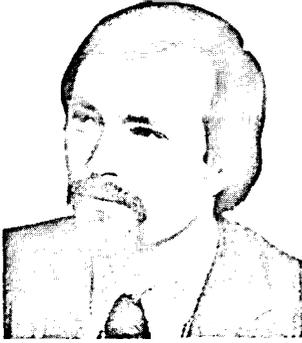
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Otto G. Mayer

## Parteitag- ökonomie

Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. Das hat mehrere Gründe, die feinsten sind die wissenschaftlichen . . . , – so Kurt Tucholsky 1931.

Heute im Jahre 1982 können Wissenschaftler dieses Lob nicht uneingeschränkt für sich allein in Anspruch nehmen. Wenn der unbefangene Leser sich die wirtschaftspolitischen Leit- und sonstigen Anträge der verschiedenen Parteiuntergliederungen zu dem in diesen Tagen stattfindenden Parteitag der SPD zu Gemüte führt, wird er wissen, an wen er den Lorbeer für die „feinsten Gründe“ zu vergeben hat. Denn nun kann er schwarz auf weiß nachlesen, warum kein Geld da ist. Der Staat – und der Staat sind ja wir alle – kann kein Geld haben, solange es an einer zeitlich befristeten

(warum eigentlich befristeten?) Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer fehlt, die Vermögensteuer nicht erhöht und der Spitzensteuersatz bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht angehoben worden ist, solange nicht alle Gewinneinkommen der Gewerbesteuer unterliegen, der Prasserei über steuerlich abzugsfähige Bewirtungskosten und der Unsitte absetzbarer Geschenke nicht endlich Einhalt geboten wird, solange nicht der Mehrwertsteuersatz auf Luxusgüter erhöht und endlich die Arbeitsmarktabgabe für alle Erwerbstätigen, einschließlich der Selbständigen und der Beamten, eingeführt wird, und so weiter und so fort.

Alle diese Gründe sollen auf dem SPD-Parteitag überprüft werden unter dem Leitmotto: „In den mittelfristigen Finanzierungsüberlegungen darf auch die zusätzliche Steuerfinanzierung nicht tabu sein.“ Natürlich nicht; ohne die vorangesetzte Aufzählung könnte sogar Milton Friedman diesen Satz unterschreiben, denn schließlich ist die Nationalökonomie nicht nur der feinen Gründe oder der Tabuisierung wirtschaftspolitischer Instrumente wegen erfunden worden, sondern auch, um angesichts der Knappheit aller Mittel und Ressourcen wirtschaftliche Maßnahmen immer wieder unter wechselnden Bedingungen auf ihre Sinnhaftigkeit zu untersuchen.

Nun lassen die Anträge den Leser mit der Frage nach dem Sinn, die Steuerquellen angesichts unserer wirtschaftlichen Lage reichlicher sprudeln zu lassen, nicht im Stich: Zusätzliche Beschäftigungsprogramme sollen finanziert und das heutige Niveau der Sozialleistungen soll gesichert werden. Im Stich gelassen wird der Leser aber mit der bangen Frage, ob durch all diese Maßnahmen nachher nicht gerade die Quellen verschüttet werden könnten, aus denen zusätzliche Beschäftigung und die erwünschten

Sozialleistungen erst fließen können.

Sollte der Leser sich im Zusammenhang mit dieser Frage daran erinnern, daß vor 133 Jahren Karl Marx zusammen mit seinem Freund Friedrich Engels mit fast euphorischen Worten geschildert hat, was die Bourgeoisie an wirtschaftlicher Leistung alles zustande bringen kann, dann besteht die Gefahr, daß er auf völlig abwegige Gedanken kommt. Denn laut diesen beiden kann die Bourgeoisie „nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren“. Die Beibehaltung alter Produktionsweisen wäre dagegen das Kennzeichen vorbourgeoisien Wirtschaftens gewesen. Was benötigen wir aber heute angesichts unserer Beschäftigungs-, Energie-, Umwelt- und sonstigen Probleme mehr als den Drang, alte Produktionsweisen aufzugeben, die Produktionsinstrumente zu revolutionieren und die Industriestrukturen umzuwälzen? Soll diesem „anarchischen“ Prozeß, der bislang mehr an Wohlstand und Freiheit für alle erbracht hat als jedes andere bekannte System, und sicherlich mehr als Marx und Engels es sich je vorzustellen vermochten, nun der Impetus genommen werden, indem man den Erfolg dynamischen Handelns wegsteuert? Sollen die Bürger dabei behindert werden, „Altes aufzugeben“, zu „revolutionieren“, „umzuwälzen“ usw.?

Daß die SPD keine revolutionäre Partei ist, hat sich ja schon herumgesprochen. Aber die Sozialdemokratie als mögliches Hindernis für neue Produktionsweisen und für die Umwälzung der Produktionsverhältnisse? Wie gesagt, der nicht mehr ganz so unbefangene Leser kommt leicht auf völlig abwegige Gedanken . . .

Die Antragsteller muß also etwas anderes bewegen. Aber was? Der Drang in die Opposition?